

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rede zum Haushalt 2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrter Herr Gerards, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
sehr geehrte Gäste im Zuschauerraum,  
sehr geehrte(r) Vertreter(in) der Presse,

bevor ich in die Ausführungen einsteige möchten wir uns bei Herrn Gerards und Herrn Louis für die kompetente Beratung zum vorliegenden Haushaltsentwurf bedanken. Darüber hinaus gilt unser Dank auch allen Mitarbeiter\*innen der Verwaltung, die uns bei Fragen immer gerne Auskunft geben.

Zunächst möchte ich ein paar Rückblicke auf Themen des vergangenen Jahres werfen, die zum Teil mittel- oder unmittelbar mit dem Haushalt und der Haushaltssituation in Verbindung stehen.

### **Kunstrasenplatz und Freibad:**

Das herausragende Thema des abgelaufenen Jahres war wohl zweifelsohne der Beschluß zur Herstellung eines Kunstrasenplatzes im Klevchen, den die CDU-Fraktion im Alleingang ausschliesslich mit den eigenen Stimmen gefasst hat.

In der Ratssitzung und auch danach blieben viele Fragen von der Mehrheitsfraktion unbeantwortet. So z.B. die Fragen nach Kosten, Fördermittel, alternative Standorte und deren Abwägung. Und dann wurde eine Diskussion zu diesem Thema in der Ratssitzung durch die CDU-Fraktion nach Gutsherrenart einfach „abgewürgt“. Nicht fein und auch nicht fair. Dabei haben wir den Eindruck, dass sich die interfraktionelle Zusammenarbeit im Rat durchaus positiv entwickelt hat.

Losgelöst von der aktuellen Notwendigkeit eines solchen Platzes hat sich die CDU-Fraktion damit einen Freibrief zur Mittelausgabe für dieses Projekt ausgestellt, denn der Beschluß enthält lediglich den Ort der Errichtung, ohne Abwägung alternativer Standorte, ohne irgendeine Wirtschaftlichkeitsberechnung, ohne Erstellungskosten, ohne Folgekosten für Instandhaltung und Wartung und ohne eine Aussage zur Höhe eventuell zu erwartender Fördermittel.

Dies ist nicht nur unseriös, sondern unverantwortlich und widerspricht jeglichen Grundsätzen ordnungsgemäßer Haushaltsführung und kann auch nicht mit dem Hinweis auf einen Grundsatzbeschuß für einen Kunstrasenplatz entschuldigt werden. Selbst der Bund der Steuerzahler rügte diesen Beschluß und gab den „oppositionellen“ Ratspolitikern recht. Nur unser Landrat, selbst CDU-Politiker, sieht dies trotz mehrfacher und begründeter Eingaben immer noch als nicht beanstandenswert.

In der Sportplatznutzungsordnung wurde festgelegt, dass ein Verein einen Zuschuß für einen Kunstrasenplatz von der Stadt i.H.v. 150.000 Euro erhalten kann, wenn er bestimmte Bedingungen erfüllt. Dafür sind einige Hürden zu nehmen. Mit dem hier gefassten Beschluß wird dies vollkommen ausgehebelt. Unter dem Deckmantel des Schulsports wird benachbarten Vereinen zum Nulltarif ein solcher Kunstrasenplatz zur Verfügung gestellt.

Die Waldenrather Sportfreunde mussten für die Bezuschussung ihres Kunstrasenplatzes einige Klimmzüge machen und legen auch selbst Hand an, um ihr Projekt zu realisieren. Dafür gebührt ihnen Respekt! Wenn in der Presse zu lesen ist, dass sich die Waldenrather lediglich über diesen Beschluß wundern und kein böses Wort darüber verlieren, obwohl sie allen Grund dazu hätten, dann kann man dies als sportlich fair bezeichnen. Wir bezeichnen den einseitig von der CDU-Fraktion gefassten Beschluß als Affront den Waldenrather Sportfreunden gegenüber und als politisches Unding.

In Zeiten knapper Kassen, wo wir gezwungen sind Grundschulen und Freibäder zu schliessen und Steuern und Abgaben zu erhöhen, ist ein solches Vorhaben als „Nice to have“ anzusehen oder auch als „Schmuck am Nachthemd“ zu bezeichnen, für das wir aktuell keinen finanziellen Spielraum haben.

Wie passt diese verschwenderische Ausgabe eigentlich mit der Agenda 2025 zusammen, die doch das Ziel verfolgt den Haushalt zu konsolidieren?

Anstelle eines Kunstrasenplatzes sollte aus unserer Sicht eher versucht werden das Freibad in Kirchhoven zu unterstützen und zu erhalten. Dies käme nicht nur einigen wenigen zugute, sondern allen Bürger\*innen in Heinsberg, von jung bis alt! Nun stellt sich allerdings die Frage, wie es mit dem Freibad in Kirchhoven weitergeht?

In der zurückliegenden Zeit, in der viele Ehrenamtler den Betrieb des Freibades als Bürgerbad sichergestellt haben, kann man ohne Einschränkung sagen, dass diese Bürger\*innen einen „verdammst guten Job“ gemacht haben. Sie haben sich sehr engagiert und viele Stunden ihrer Freizeit in die Sache investiert. Sie haben das Freibad wieder attraktiv gemacht und mit Leben gefüllt. Ja, im Rahmen ihrer Möglichkeiten haben sie Erstaunliches geleistet.

Doch scheinen die Aussichten eines Weiterbetriebs des Freibades aus unserer Sicht derzeit gefährdet, weil momentan noch offen ist, ob es nach der 3-jährigen Probephase, die Ende des Jahres ausläuft, zu einem Anschlußvertrag mit den Stadtwerken kommen wird. Derzeit gibt es scheinbar einige Differenzen zwischen den Stadtwerken und den Betreibern unseres Bürgerbades und es scheint momentan offen, ob diese aus dem Weg geräumt werden können.

Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonen in diesem Zusammenhang, dass wir uns ohne „Wenn und Aber“ zu unserem Bürgerbad in Kirchhoven bekennen. Heinsberg braucht ein Freibad!

Wir fordern die Akteure auf, die Differenzen aus dem Weg zu räumen und den Betrieb des Freibades auf jeden Fall sicherzustellen. Insbesondere erwarten wir von der Geschäftsführung der Stadtwerke, dass sie sich wohlwollend und kooperativ gegenüber den Akteuren des Bürgerbades verhält und fordern Herrn Gerards als Geschäftsführer der Stadtwerke auf, sich im Sinne aller Bürger\*innen unserer Stadt für den Weiterbetrieb des Bades zu verwenden.

Da wir auch in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke eine CDU-Mehrheit haben, liegt es wohl insbesondere am politischen Willen der CDU-Fraktion, den Weiterbetrieb des Freibades zu ermöglichen.

Entsprechend appellieren wir auch an die CDU-Fraktion, sich ebenfalls ohne Vorbehalte zu unserem Bürgerbad in Kirchhoven zu bekennen.

Im Übrigen gehen wir im gesamten Kontext der Sportstätten davon aus, dass wir in Heinsberg gut daran täten, eine Sportstättenentwicklungsplanung durchzuführen, die vor allem die Sportanlagen für den Schul- und Vereinssport differenziert nach Stadtteilen in den Blick nimmt, aber auch ein attraktives Sportangebot berücksichtigt. Dabei sollte eine Methodik angewandt werden, die sich von einer richtwertorientierten Betrachtungsweise löst und stärker den tatsächlichen Bedarf als auch ein breit gefächertes Sportangebot in den Fokus nimmt und in der Folge in ein Gesamtkonzept für alle Sportanlagen überführt wird. Wir behalten uns vor in Kürze einen solchen Antrag in den Rat einzubringen.

### **Grundschule Kempfen zur Kita:**

Ob der Antrag der CDU-Fraktion in der entsprechenden Ratssitzung, am Ort der Grundschule in Kempfen eine Kindertagesstätte zu errichten, nun tatsächlich von der Fraktion selbst getrieben wurde, oder ob die Verwaltung vorab die Möglichkeiten herausgearbeitet und die Planungen durchgeführt hat und dann der CDU-Fraktion zur Antragstellung zustellte lassen wir mal dahingestellt.

Unstrittig war für alle Fraktionen, dass wir zur Erfüllung des Rechtsanspruches unserer Bürger\*innen im Nordbereich unserer Stadt eine neue Kindertagesstätte errichten müssen. Wenn die Kita-Plätze in 2019 benötigt werden, dann wird es höchste Zeit die Realisierung schnellstmöglich voranzutreiben. Aus diesem Grund war es keine Frage, dass man dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen musste. Wir hätten uns gewünscht, dass die Verwaltung selbst diesen Punkt schon viel früher auf die Tagesordnung einer Ratssitzung gesetzt hätte, denn der Bedarf wurde ja bereits in einer Jugendhilfeausschußsitzung im Jahr 2016 festgestellt. Unter diesem Zeitdruck war nun dringendes Handeln erforderlich, ohne das man noch Handlungsalternativen hätte prüfen können.

Für uns war nämlich fraglich, ob wir mit dem Rückbau der Grundschule in Kempfen die kostengünstigste Alternative gewählt haben. Die Kosten für einen Neubau der Kita entstehen in jedem Fall. Möglicherweise wäre aber der Kauf eines Grundstückes an anderer Stelle kostengünstiger gewesen als der Rückbau eines Gebäudes dieser Größenordnung. Auch ist für uns offen, ob die Stadt nicht bereits im Besitz eines geeigneten Grundstückes in entsprechender Lage gewesen wäre, sodass lediglich die Neubaukosten entstanden wären.

### **Leitbild Schule:**

Wenn man kritisiert sollte man auch Positives hervorheben. So möchten wir lobend erwähnen, dass wir das „Leitbild Schule“, welches von der CDU-Fraktion ausgearbeitet und erstellt wurde gut finden, weshalb es für uns keine Frage war diesem zuzustimmen. Wir hätten uns allerdings eine frühere Beteiligung gewünscht. Mit diesem Leitbild sind wir auf dem richtigen Weg und so sollten wir nun auch dafür sorgen, dass dieses

fortgeschrieben wird. Insbesondere sollten nun auch die von den Freien Wählern vorgeschlagenen Änderungen bzw. Ergänzungen in absehbarer Zeit diskutiert werden und in der Folge ggf. Einfluß ins Leitbild finden.

Warum sich ausschliesslich die Freien Wähler bei dieser ersten Fassung des Leitbildes ihrer Stimme enthielten ist für uns nicht nachvollziehbar, wo doch der Wille zur Fortschreibung des Leitbildes ausdrücklich erwähnt wurde.

## **Attraktivität der Innenstadt steigt - Parken in Heinsberg:**

Aus unserer Sicht ist die Attraktivität der Innenstadt in der letzten Zeit deutlich gestiegen. Auch wenn es nur ein kleiner Lichtblick in der oberen Hochstrasse darstellt, so erhoffen wir uns dennoch von der Brauerei „Früh“ (bzw. „Früh'HS“) eine gewisse Aufwertung auch in diesem sonst tristen Bereich unserer Stadt. Wir hoffen, dass diesem Beispiel eventuell noch weitere Investoren folgen.

Eine weitere Steigerung der Attraktivität erwarten wir nach Fertigstellung der „Heinsberger Höfe“, wo ein Stück der alten Stadtmauer dann dauerhaft zu sehen sein soll.

Auch möchten wir den Winter- und Weihnachtsmarkt auf dem Markt lobend erwähnen, der sich zu einen Publikumsmagneten in der Adventszeit entwickelt hat und sich steigender Beliebtheit erfreut.

Es gibt jedoch auch einen Punkt, der zu bemängeln ist und der auch desöfteren an uns herangetragen wurde. So ist immer wieder festzustellen, dass die Abfallbehälter in der Innenstadt gerade zum Ende des Wochenendes aber teils auch an Wochentagen oftmals überquellen oder sogar schon Abfälle daneben gelegt werden müssen, weil nichts mehr reinpasst. Dem sollte durch eine höhere Leerungsfrequenz und/oder durch grössere Behälter entgegen gewirkt werden.

Im Übrigen sollte auch das achtlose Wegwerfen von Abfällen auf den Gehsteig oder die Straße stärker überwacht und auch durch Ordnungsgelder geahndet werden. Dies wird in vielen Städten bereits praktiziert.

Die Einführung der von uns schon vor Jahren geforderten sogenannten „Brötchentaste“, also 10 Minuten freies Parken, kommt aus unserer Sicht bei den Bürger\*innen gut an und hat sich bewährt.

Auch wenn wir GRÜNE eher für eine Reduzierung des Kraftfahrzeugverkehrs in der Innenstadt wären, so sehen wir dennoch die Notwendigkeit dringend weiteren kostenfreien Parkraum nahe der Innenstadt zu schaffen.

In puncto Parksituation könnte aber auch eine Überprüfung und ggf. Optimierung des ÖPNV eine Rolle spielen, denn wenn dieser attraktiv genug ist kann man möglicherweise davon ausgehen, dass weniger Menschen mit dem eigenen PKW in die Stadt kommen.

Zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung unserer Stadt gehört in diesem Zusammenhang auch die Optimierung der Bahnverbindung Düsseldorf – Heinsberg, die analog der Verbindung Aachen – Heinsberg endlich eingerichtet werden sollte, sodass ein Umsteigen in Lindern vermieden wird.

Dies wurde im Übrigen seinerzeit bei der Reaktivierung der Bahnstrecke in Aussicht gestellt, aber bis heute nicht umgesetzt. Hier sollte die Verwaltung nochmal nachhaken.

## **Klimaschutzförderung:**

Wir haben uns darüber gefreut, dass das durch uns über einen Antrag im Rat initiierte Klimaschutzkonzept für unsere Stadt von allen Fraktionen einstimmig beschlossen wurde. Damit haben alle Fraktionen sich der Verantwortung für lokale Klimaschutzmaßnahmen gestellt.

Wir halten ein solches Klimaschutzkonzept für unsere Stadt für unbedingt erforderlich. Nur wenn es gelingt Klimaschutzmaßnahmen auch auf kommunaler Ebene umzusetzen können maßgebliche Projekte auf nationaler oder internationaler Ebene zur Erreichung von Klimaszutzziele Erfolg haben.

Schade, dass ausgerechnet der amerikanische Präsident nicht über eine solche Weitsicht verfügt.

## **Gewerbepark Kirchhoven - Regenwasser:**

Zur Einleitung von Regenwasser aus dem Gewerbepark Kirchhoven in den Nordsee des Lago Laprello als „Naturschutzsee“ hatten wir am 18.08.2016 eine Eingabe gemacht. Bisher haben wir hierauf trotz mehrfacher Nachfragen beim Bauverwaltungs- und Planungsamt zwar Rückmeldungen, aber keine Antworten erhalten. Die letzte Antwort des Amtes lautete, dass das Thema in einer der nächsten Sitzungen des Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschusses behandelt werden soll.

Auch wenn ein solcher Vorgang ein standartisiertes Verfahren durchläuft, so hätten wir schon erwartet, dass man uns in der Eigenschaft als Stadtratsfraktion zum Anfragezeitpunkt über den aktuellen Stand informiert und wir nicht bis zum vollständigen Abschluß des Verfahrens auf eine Antwort warten müssen. Dies sehen wir als Hinhaltenaktik an, um uns dann vermutlich vor „vollendete Tatsachen“ zu stellen. Wenn wir als Ratsfraktion auf einfache Nachfrage beim zuständigen Amt keine befriedigende Antwort erhalten, werden wir künftig solche Nachfragen direkt als Anfragen in eine Ratssitzung einbringen. Dann haben wir Anspruch auf eine Antwort!

Auf eine Mail-Anfrage der SPD-Fraktion zur Grundwasserproblematik in unserer Stadt erwiderte der Bürgermeister (Zitat): „Ich weise allerdings darauf hin, dass jedermann sich an öffentliche Stellen wenden kann, um Fragen beantwortet zu bekommen.“ (Zitatende) Wenn die Beantwortung von Fragen durch öffentliche Stellen so wie in diesem Fall aussieht, dann ist dies unbefriedigend und beschämend.

Im Übrigen wurde uns durch den „Flurfunk“ zugetragen, dass dem Investor bereits signalisiert worden sei, dass der Umsetzung seines Vorhabens nichts mehr im Wege stehen würde.

Auch wenn dies möglicherweise nur ein Gerücht sein sollte bergen Gerüchte oftmals ein Stück Wahrheit. Wer weiss hier ggf. schon wieder mehr als wir als Stadtverordnete?

Aus diesem Grund als auch aufgrund unserer unbeantworteten Anfragen beim zuständigen Amt sehen wir dem Abschluß des Verfahrens skeptisch entgegen. Wir gehen davon aus, dass dem Vorhaben der Erweiterung des Gewerbeparks Kirchhoven entsprochen wird und Umweltbelange dem untergeordnet - sowie berechnigte Interessen der Anwohner einfach ignoriert werden.

Aus vielen bereits vor einiger Zeit dargelegten Gründen wäre es geboten die Erweiterung des Gewerbeparks Kirchhoven nicht weiter zu verfolgen und selbst ein entsprechendes Gewerbegebiet für Kleingewerbe an geeigneter Stelle auszuweisen.

### **Information der Fraktionen durch die Verwaltung:**

In jüngster Zeit können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die Mehrheitsfraktion der CDU oftmals besser informiert zu sein scheint als alle anderen Fraktionen im Rat. Ob dies daran liegt, dass „Jedermann“ sich an öffentliche Stellen wenden kann, um Fragen beantwortet zu bekommen und diesbezüglich die CDU-Fraktion davon regen Gebrauch macht?

Oder könnte es vielleicht auch daran liegen, dass einige Mitarbeiter der Verwaltung – insbesondere in leitender Position – Mitglieder oder sogar Funktionäre der CDU hier in Heinsberg sind?

Wir wollen in diesem Zusammenhang niemandem etwas unterstellen, denn wir wissen es nicht und können somit nur mutmaßen. Aber bei einem solchen Eindruck werden wir wohl mal fragen dürfen!?

Wenn wir uns einmal Themen aus der jüngeren Vergangenheit anschauen, wie z.B. „Grundschule Kempen zur Kita“ dann fragen wir uns, warum solche Themen über einen Antrag der CDU-Fraktion in den Rat eingebracht werden und nicht stimmigerweise von der Verwaltung selbst als Tagesordnungspunkt in der jeweiligen Sitzung?

Auch fragen wir uns, wie die CDU-Ortsverbände Schafhausen/Schleiden und Oberbruch bereits eine Informationsveranstaltung zur Grundwasserproblematik am 14.02.2018 durchführen konnten, wenn der das Gutachten zur Grundwasserproblematik in auftraggebende Haupt- und Finanzausschuß noch nicht einmal informiert wurde und auch alle anderen Stadtverordneten noch nicht in Kenntnis gesetzt wurden?

Ach ja, wir erinnern uns ... es kann sich ja „Jedermann“ an öffentliche Stellen wenden, um Fragen beantwortet zu bekommen. Hier schliesst sich dann der Kreis zu unseren gestellten Fragen zur Regenwasserproblematik beim Gewerbepark Kirchhoven und den bis heute ausgeliebenen Antworten der öffentlichen Stellen.

Es liessen sich noch weitere Beispiele aus der Vergangenheit anführen.

Bei solchen Anzeichen müssen sich die verantwortlichen Stellen nicht wundern, wenn wir den Eindruck gewinnen, dass man die „oppositionellen“ Ratsfraktionen manchmal „dumm halten“ will, bis die Mehrheitsfraktion ihren Informationsvorsprung nutzen konnte. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Wir sehen uns im Regelfall durch den Bürgermeister selbst hinreichend informiert. Was wir meinen sind Informationen, die von der Verwaltung selbst - direkt oder indirekt - an Einzelpersonen oder Gremien der Mehrheitsfraktion fließen.

Warum werden wir unserem Anschein nach oft erst dann informiert, wenn wir zufällig „die Nase dran bekommen“? Ist es nicht eigentlich Pflicht der Verwaltung alle Ratsfraktionen mit denselben Informationen zum selben Zeitpunkt zu versorgen und dies aktiv und nicht erst auf Nachfrage?

Als Stadtratsfraktion erwarten wir, dass wir uns nicht wie „Jedermann“ selbst immer wieder an öffentliche Stellen wenden müssen, um Fragen beantwortet zu bekommen, die dann womöglich nicht gegeben werden. Dazu hatte ich bereits ausgeführt.

## **Haushalt:**

Auch in diesem Haushalt haben wir wieder ein Defizit i.H.v. ca. 6,28 Mio EURO, dass unser Eigenkapital entsprechend verringert. Laut Plandaten des Vorjahres sollte dieses Defizit lediglich bei ca. 2,91 Mio Euro liegen und fällt somit nach den aktuellen Plandaten um ca. 3,36 Mio Euro höher aus.

Gegenüber dem Vorjahr haben wir zusätzliche ordentliche Erträge i.H.v. ca. 7,84 Mio Euro, welchen jedoch auch zusätzliche ordentliche Aufwendungen i.H.v. 8,67 Mio Euro gegenüberstehen.

Der grösste Teil dieser Mehraufwendungen entfällt auf Sach- und Dienstleistungen und hier insbesondere auf die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen. Allein ca. 7,87 Mio Euro entfallen auf den Bereich der baulichen Unterhaltung. Davon entfallen ca. 3 Mio Euro auf die Sanierung der Festhalle und knapp 2,1 Mio Euro auf die Substanzerhaltung der Schulgebäude, insbesondere der dauerhaft zu erhaltenden Grundschulen und der Kindertagesstätten.

Gerade diese Ausgaben für die Schulen und Kitas sehen wir als unbedingt notwendig an, weshalb dieser Aufwand und damit das planerisch höhere Defizit aus unserer Sicht gerechtfertigt ist.

Auch bei den Personalaufwendungen ist eine Steigerung um ca. 1,3 Mio zu verzeichnen. Dies ist nachvollziehbar, da den Kommunen immer mehr Aufgaben von Bund und Land zufallen, sodass eine Personalsteigerung unerlässlich war. Hier sei genannt, dass seit 2009 bis 2017 knapp 50 Stellen mehr geschaffen werden mussten. Damit liegt die Stadt Heinsberg allerdings noch deutlich unterhalb der Personalintensität vergleichbarer Kommunen. Mehraufwendungen ergeben sich aber nicht nur durch steigende Personalaufwendungen, sondern auch und insbesondere durch Kosten, die die von Bund und Land zugewiesenen Aufgaben mit sich bringen.

Klar und deutlich muss an dieser Stelle gesagt werden, dass wir bei einer Umverteilung von Aufgaben durch Bund und Land auch diese in der Pflicht sehen ihrer Verantwortung nachzukommen und für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. Aber dies scheint auch die schwarz-gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen nicht auf dem Schirm zu haben, denn ausser Absichtserklärungen ist bisher nach ca. einem dreiviertel Jahr des regierens nichts passiert.

Bei der Kreisumlage ist Heinsberg Spitzenreiter vor Hückelhoven und Erkelenz, was sich aus der Berechnung über den Kreisumlagehebesatz ergibt. Obwohl der Kreis seinerseits aufgrund einer Umlagesenkung des Landschaftsverbandes um mindestens 1,7 Mio entlastet wurde, wollte er das Geld nicht an die Städte und Gemeinden weitergeben. Die Kreistagsfraktion der GRÜNEN hatte dies beantragt, um die Kommunen in die Lage zu versetzen dringend notwendige Verbesserungen in der Kinder- und Jugendarbeit umzusetzen.

Allein bei der Stadt Heinsberg steigt der Zuschussbedarf, den die Kommune für die Kinderbetreuung erbringen muss um insgesamt etwa 1,5 Millionen Euro. Eine Entlastung der Kommunen wurde jedoch durch die Kreistagsmehrheit der CDU nicht in Erwägung gezogen.

Bei den Erträgen wird eine Steigerung der Steuern und ähnlichen Abgaben von ca. 5,1 Mio erwartet, ohne das Steuererhöhungen eingeplant wurden.

Das keine Steuererhöhungen bezüglich der Gewerbesteuer und Grundsteuer A und B in diesem Jahr anstehen bewerten wir positiv, weil es den Gewerbe- und Wohnstandort Heinsberg stärkt. Im Übrigen befindet sich Heinsberg im Vergleich mit anderen Kommunen im Kreis mit den Steuerhebesätzen sowieso schon im oberen Drittel.

In 2018 werden wir die 5%-Marke für die „Relative Veränderung der allgemeinen Rücklage“ planerisch überschreiten. Dieser Wert darf 2 mal in Folge nicht überschritten werden, weil sonst ein Haushaltssicherungskonzept (kurz: HSK) droht. Die Prognose sieht aber auch hier gut aus, sodass in 2019 planerisch lediglich 2,43 % prognostiziert wird. Nach der prognostizierten Entwicklung soll dem Eigenkapital-Verzehr ab dem Jahr 2020 Einhalt geboten sein.

Eine Tilgung findet zwar statt, eine Entschuldung jedoch nur in geringem Umfang. Auch wenn die dargestellte Haushaltsentwicklung positiv verläuft sehen wir dennoch weiterhin die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung und sollten diesbezüglich versuchen, weitere Einsparpotenziale auf der Ausgabenseite zu identifizieren. In diesem Zusammenhang war es ein Schritt in die richtige Richtung mit der Gemeinde Waldfeucht zusammen zu arbeiten und sich auf eine gemeinsame Gesamtschule zu verständigen. Auch durch solche interkommunalen Projekte lassen sich Kosten senken. Vorerst sehen wir auch weiterhin die Notwendigkeit an der Nachhaltigkeitssatzung festzuhalten.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich noch einmal auf den Kunstrasenplatz zurückkommen. Wenn dieser nicht gebaut würde könnten diese Investitionen für andere, wahrscheinlich dringendere und „sinnvollere“ Maßnahmen zur Verfügung stehen.



Da diese Maßnahme aufgrund der Nachhaltigkeitssatzung nicht fremdfinanziert werden darf stellt sich uns die Frage, was denn geschoben werden muss, um dieses Projekt realisieren zu können?

Vor dem Hintergrund der dargestellten positiven Haushaltsentwicklung, die aktuell ohne Steuererhöhungen auskommt und dem immer geringeren Eigenkapitalverzehr sehen wir uns auf einem guten Weg und **stimmen diesem Haushaltsentwurf zu.**

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.